

Motion Fraktion GB/JA! (Sarah Rubin/Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!)/Sofia Fisch (JUSO): Aktionstage Behindertenrechte – und die Stadt Bern zieht mit!

Bis zu einem Viertel der Bevölkerung ist im Laufe ihres Lebens von Behinderungen betroffen. Menschen mit Behinderungen sind täglich mit Hindernissen konfrontiert und erleben in vielen Lebensbereichen Ungleichbehandlung und Verletzung ihrer Grundrechte. Die UNO stellt denn auch der Schweiz bezüglich Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen kein gutes Zeugnis aus: Unsere Gesellschaft könne auf verschiedenen Ebenen noch nicht als inklusiv bezeichnet werden. Gerade für Menschen, die mit einer Behinderung leben, welche auf den ersten Blick nicht sichtbar ist – wie zum Beispiel psychische Beeinträchtigungen oder Neurodivergenz – bestehen nach wie vor viele Barrieren im Alltag. Die UNO forderte die Schweiz in diesem Jahr denn auch explizit dazu auf, den Mangel an finanziellen Ressourcen in der Gleichstellungsarbeit für Menschen mit Behinderungen aktiv anzugehen (vgl. CRPD Abschliessende Bemerkungen zum Initialstaatenbericht der Schweiz (Übersetzung der offiziellen englischen Version auf Deutsch – im Auftrag des EBGB) (PDF, 289 kB, 30.01.2023)). Die etwa alle zwei Jahre national stattfindenden Aktionstage Behindertenrechte wollen Menschen mit Behinderungen sichtbar und auf deren Rechte aufmerksam machen. Dieses Jahr finden vom 15. Mai - 15. Juni in diesem Rahmen schweizweit Veranstaltungen zum Thema Inklusion statt.¹ Die Stadt Bern ist zwar durch die Fachstelle für Menschen mit Behinderungen Partnerin der Aktionstage, bietet jedoch nur zwei verwaltungsinterne, der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Anlässe an (Living Library). Es ist jedoch eine städtische Aufgabe, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Bevölkerung für diese Thematik zu sensibilisieren und Gruppierungen zu vernetzen – wie sie dies beispielsweise auch im Bereich Rassismus und Gleichstellung von trans Personen tut.

1. Deshalb fordern wir den Gemeinderat dazu auf, dass sich die Stadt Bern mithilfe der Fachstelle für Menschen mit Behinderungen an den Aktionstagen Behindertenrechte verstärkt beteiligt und auch öffentliche Aktionen anbietet. Die dazu nötigen Ressourcen sollen der Fachstelle zusätzlich gesprochen werden.
2. Zudem soll die Stadt Bern – analog zur Themenwoche Antirassismus – Organisationen und Gruppen finanziell unterstützen, wenn sie im Rahmen der Aktionstage Veranstaltungen anbieten.

Bern, 16. Mai 2024

Erstunterzeichnende: Sarah Rubin, Ursina Anderegg, Anna Jegher, Sofia Fisch

Mitunterzeichnende: Mahir Sancar, Nora Joos, Jelena Filipovic, Franziska Geiser, Lea Bill, Paula Zysset, Mirjam Arn, Anna Leissing, Esther Meier, Katharina Gallizzi

Antwort des Gemeinderats:

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Der Gemeinderat hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags. Zudem bleibt die Entscheidungsverantwortung beim Gemeinderat.

¹ Mehr Infos unter: <https://zukunft-inklusion.ch/>

Dem Gemeinderat ist bekannt, dass die UNO der Schweiz ein schlechtes Zeugnis bezüglich Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ausgestellt hat. Auch geht der Gemeinderat mit den Motionär*innen einig, dass Menschen mit Behinderungen noch zu wenig sichtbar und ihre Anliegen in der Öffentlichkeit zu wenig bekannt sind. Die Fachstelle der Stadt Bern für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen konzentriert ihre Aktivitäten aufgrund ihres Budgets auf die Verwaltung und erreicht damit, dass die Rechte und Ansprüche der Menschen mit Behinderungen in der Verwaltung mitberücksichtigt werden. Zudem ist sie auch Anlaufstelle für die Anliegen von Behindertenorganisationen und Berner*innen mit Behinderungen. Ihren Arbeitsfokus legt die Fachstelle auf die Themen öffentlicher Raum und Verkehr, barrierefreie Online-Kommunikation, Erwerbsleben und Quartierarbeit. Aus Ressourcengründen können bis auf weiteres keine weiteren Schwerpunkte angegangen werden (Fokus Schule, Zielgruppe von Personen mit kognitiven und psychischen Behinderungen sowie neurodivergente Personen).

Zu Punkt 1:

Die Nationalen Aktionstage Behindertenrechte sind nach Auffassung des Gemeinderats grundsätzlich eine gute Möglichkeit, um die Öffentlichkeit bezüglich bestehenden Barrieren für Menschen mit Behinderungen zu sensibilisieren. Auch die Erfahrungen der städtischen Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen (FMR) mit den Aktionswochen gegen Rassismus zeigen, dass solche Aktionstage wertvolle Öffentlichkeitsarbeit ermöglichen. Aufgrund der Finanzlage der Stadt sieht der Gemeinderat aktuell keine Möglichkeit, zusätzliche Ressourcen, wie dies die Motion fordert, zur Verfügung zu stellen, um mit städtischen Aktivitäten die Menschen mit Behinderungen ins Zentrum zu stellen und auf ihre Rechte aufmerksam zu machen. Der Gemeinderat ist jedoch bereit zu prüfen, wie das Engagement der Stadt Bern an den Aktionstagen Behindertenrechte künftig verstärkt wahrgenommen werden kann.

Zu Punkt 2:

Die vergangenen Nationalen Aktionstage Behindertenrechte standen unter dem Lead des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Sie werden zurzeit evaluiert. Gemäss aktuellem Stand wird der Bund die Gemeinden und Kantone bei der Durchführung der Aktionstage auch zukünftig nicht finanziell unterstützen. Der städtischen Fachstelle für die Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung stehen nur beschränkte finanzielle Mittel zur Verfügung. Eine Aufstockung steht angesichts der angespannten finanziellen Situation in der Stadt Bern derzeit nicht zur Diskussion. Von daher ist es nicht möglich, Organisationen und Gruppen im Rahmen der nationalen Aktionstage finanziell zu unterstützen.

Folgen für Finanzen und Personal

Der Gemeinderat ist bereit zu prüfen, wie die Anliegen der Motionär*innen mit den bestehenden Ressourcen bestmöglich im Rahmen der Nationalen Aktionstage umgesetzt werden können.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 13. November 2024

Der Gemeinderat